

# Vorwort

*Jürgen Nordmann\**

## *1 Zur Thematik des Sammelbandes*

Die Demokratie ist wieder ins Gerede gekommen. Publizisten, Intellektuelle, Politiker und Wissenschaftler streiten intensiver als zuvor über die Qualität der Institutionen in der liberalen Demokratie und der Partizipationsmöglichkeiten der Bürger. In einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise richtet sich Kritik in der Regel zuerst auf das Thema der drohenden sozialen Erosion respektive der Ungleichheit von Chancen und Lasten, wonach allerdings postwendend eine Debatte über politische Missstände, insbesondere über die Machtlosigkeit der Bürger und usurpierte oligarchische Macht (zur Zeit der Banken) in der Demokratie folgt. Denn das in der Demokratie Nächstliegende, Alternativen zu formulieren und Eliten auszutauschen, ist in der aktuellen Demokratie das Fernste: Regierungen und Machtsysteme, die in die Krise geführt haben, haben sich auf die Seite der Retter geschlagen, und die Krise hat entgegen idealtypischer Voraussagen langlebige Machtsysteme in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gestärkt.

Das Managen eines aus den Fugen geratenen Wirtschaftsprozesses und die Existenz eines rein finanztechnisch operierenden, Alternativen verhindernden Machtsystems bedingen sich seit 2008 gegenseitig. Die wirtschaftsliberalen Regierungen und die Pressure-Groups der Finanzwirtschaft haben sich bei der vermeintlichen Systemrettung zuerst in die Rettungsboote begeben. Alternativen sind in dieser Konstellation grundsätzlich feindlich, weil es um die Rettung des Bestehenden und nicht um

\* Dr. Jürgen Nordmann, Johannes Kepler Universität Linz, Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, Altenbergerstraße 59, A-4040 Linz; juergen.nordmann@jku.at

die Entwicklung alternativer, weniger Krisen anfälliger und gerechterer Modelle geht. Aber Alternativen sind der Grundstoff der pluralistischen Demokratie, weil sie allein das Axiom der Demokratie verkörpern, dass demokratische Gesellschaften ihre Geschichte selbst machen und nicht passives Produkt eines übergeordneten Geschichts- oder Wirtschaftsprozesses sind. Eine formierte Kapitalismusrettungsgesellschaft muss antipluralistisch und antidemokratisch im Konzert mit den agierenden Regierungen eins bestreiten: Den Vorrang der Demokratie vor der Existenz des bestehenden Wirtschaftssystems.

Das ist im Prinzip nichts Neues: Die Klagen über den Zustand der Demokratie sind so alt wie die Demokratie selbst, und jede Bürgerpartizipation wurde auch in den fortschrittlichsten Verfassungsstaaten stets gegen die Verfassungswirklichkeit erkämpft. Das politische Gleichheitsgebot der Demokratie und die soziale Ungleichheit des Kapitalismus liegen strukturell im Clinch. Soziale Ungleichheit war aber im 20. Jahrhundert nicht zwingend ein Grund für demokratische Revolutionen und soziale Gleichheit führte ebenso wenig zwingend zu mehr Demokratie. Die korporativistischen Wohlfahrtsstaaten sorgten zum Beispiel für mehr soziale Gleichheit als das darauf folgende neoliberale Projekt. Aber Demokratie betrieben Parteien und Verbände in fast allen Wohlfahrtsstaaten eher als ein formales Spiel, bei dem politische Entscheidungen weniger im Parlament als in Partei- und Gewerkschaftsvorständen sowie in Arbeitgeberverbänden fielen. ‚Mehr Demokratie wagen‘ war mehr als eine symbolische Forderung einer reich gewordenen Mittelschichtgesellschaft. Neoliberale Regierungen förderten dagegen eigene oligarchische Machtsysteme. Mehr Demokratie war ihnen kein vorrangiges Anliegen. Die neoliberalisierte Gesellschaft, die einem stetigen sozialen Druck ausgeliefert war, verschob die Demokratiefrage mehr auf kleinere kommunitaristische Einheiten und kulturelles Engagement, das strukturell mit dem dominierenden Wirtschaftsliberalismus vereinbar schien. Das Thema Besitz und Macht entkoppelten die Befürworter des Neoliberalismus von der Demokratiefrage, indem sie wirtschaftlichen Erfolg zum Schlüssel politischer Teilhabe erklärten und die Legitimation der Sozialstaaten in Zweifel zogen.

In der Krise haben sich neben den sozialen auch die politischen Widersprüche zugespitzt. Sie werden wie gesagt verstärkt in den Medien, der Wissenschaft, vor Verfassungsgerichten und der Politik selbst diskutiert. Wenn Regierungen der Demokratien im Krisenmanagement auf

schnelle Entscheidungen setzen, und in kleinen, nicht transparenten Gremien über mehrere hundert Milliarden Euro Steuergeld verfügen, ist die Diskrepanz zwischen Bürgern und demokratischen Verfassungen einerseits und Entscheidungsgremien und oligarchischen Machtsystemen andererseits so augenfällig, dass die nunmehr über Jahrzehnte praktizierte marktkonforme Demokratie bis in die bürgerliche Qualitätspresse hinein verdächtigt wird, in Wahrheit eine unglaubliche, schwach legitimierte Elitenherrschaft im Dienst der Finanzwirtschaft zu sein. Das ist durchaus neu, weil die Stärke des neoliberalen Projekts, das die reproduzierende, lohnabhängige Basis und ihre Organisationen zergliedert und politisch entmachtete hat, in der breiten Zustimmung – wenn man es hier nicht so unpassend marxistisch ausdrücken will – des Überbaus, also der Medien, der Parteien, der Wissenschaft und allgemein der Institutionen der liberalen Demokratie zum Finanz- und Konsumkapitalismus lag. Der Knackpunkt liegt derzeit für die liberale Demokratie nicht vornehmlich in der sozialen Ungleichheit, die neoliberale respektive Finanzmarkt orientierte Regierungen wie keine anderen fördern, sondern in der für liberale Bürger unhintergehbaren Eigentumsfrage. Bei den Steuergeldern, mit denen die spekulative Finanzwirtschaft gerettet wurde, handelt es sich faktisch um das Eigentum der bürgerlichen Gesellschaft, dessen Gefährdung schon John Locke für einen ausreichenden Grund hielt, die Regierung zu stürzen, um den Liberalismus und die bürgerliche Eigentumsgesellschaft zu retten. Eine faktische Diktatur der Finanzwirtschaft enteignet tendenziell die bürgerliche Gesellschaft. Der neoliberale Finanzkapitalismus beschwört zudem inzwischen die Gefahr herauf, die der Neoliberalismus mit dem Wohlfahrtsstaat verband: Inflation.

Oberste gesellschaftliche Ziele der Staaten sind derzeit die Verminderung der Schulden und günstigere Zinsen durch Wirtschaftswachstum. Nicht an die Verfügungsgewalt über Steuergelder knüpfen sich die Gestaltung und Finanzierung gesellschaftlicher Projekte und die Existenz eines Sozialstaates. Die Möglichkeit der Refinanzierung über den Finanzmarkt entscheidet in der offiziellen Lesart der aktuellen europäischen Regierungen über die Lebensfähigkeit der Staaten und somit auch der Demokratien. Nur Kredite ermöglichen in diesem Setting einen politischen Handlungsspielraum, wodurch der Finanzmarkt zur Bedingung der Möglichkeit nicht nur der Wirtschaft sondern auch der Politik wird. Zwangsläufig ist dann nicht mehr die Politik der Herr des Verfahrens, weil Notenbanken und Banken an den Schalthebeln eben dieser Finanz-

märkte sitzen – denn die Regierungen haben bei ihrer Rettungsaktion 2008 darauf verzichtet, ihre Einlagen mit der Übernahme der Entscheidungsgewalt zu verknüpfen. Logisch ist dann die umgekehrte Tendenz: Die Übernahme von politischen Schlüsselpositionen durch Banker und Finanzmarktexperten. Die Regierungsumbildungen in den Krisenstaaten Griechenland und Italien bestätigen diesen Trend. Die Schuldenproblematik verstärkt die Bedeutung der Finanzmärkte, weil die Steuergelder für die Finanzmärkte und Bankenstabilität verpfändet werden mussten, und eine Regulierung der Finanzmärkte den Spielraum zur Geldgenerierung ganzer Staaten nicht einschränken darf. Schon hier scheint durch, dass der oligarchische Angriff der großen Finanzmarktakteure auf die Demokratie dieses Mal auf den Kern der liberalen Verfassungsstaaten zielt: das Budgetrecht der Parlamente. In Europa überlagert zudem der Streit, welche Rechte die Europäische Union und welche die Nationalstaaten haben, die parlamentarischen Zuständigkeitsfragen.

Demokratie braucht Zeit, – und die Krisenmanager behaupten allein schnelles politisches Handeln verhindere Abstürze des Gesamtsystems. Das Grundprinzip der Demokratie, dass Herrschaft vom Volk ausgehen muss, hat dann einen Haken, wenn die Distanz zwischen Volk respektive der wählenden Gesellschaft einerseits und Repräsentanten, institutionellen Machtzentren und Funktionseliten so groß ist, dass deren Kontrolle nicht mit dem Tempo der Entscheidungen der Exekutive mithalten kann. Die Krise, die sehr treffend in der griechischen Urbedeutung als ‚Entscheidung in Zeitnot‘ zu übersetzen ist, kürzt die institutionellen Verfahren ab und mindert die Einspruchsmöglichkeiten und -fristen. Selbst die konservative Minimalnorm der formalen Demokratie, die ‚Legitimität durch Verfahren‘ (Niklas Luhmann) gerät dabei ins Wanken. Mit dem Zeitargument beim Krisenmanagement wird generell die Zeit, die Debatten in der Demokratie vor grundlegenden Entscheidungen benötigen, beschnitten. Die Debatten und die Klagen vor den Verfassungsgerichten drehen sich faktisch jetzt schon allein defensiv darum, ob und wann Parlamente im Nachhinein Entscheidungen bestätigen müssen. Das Initiativrecht der Parlamente spielt im Krisenmanagement keine Rolle. Unabhängig davon, dass das Initiativrecht auch vor der Krise selten in Anspruch genommen worden ist, ist es unter dem behaupteten Zeitdruck des derzeitigen Krisenmanagements ausgeschlossen, Zukunftsentwürfe, die über Schuldenminimierung und Zinssenkung hinausgehen, zu debattieren. Der Zeitdruck nimmt der demokratischen Politik die positive Zukunftsoption.

Kein Politiker ist in der Lage, seriös und programmatisch zu verbalisieren, wie sein Land in zehn Jahren aussehen sollte. Die Zukunft verschwindet in der unfreien Zielsetzung, das derzeitige System in der bestehenden Form zu erhalten. Dabei spielen die tatsächlichen Kosten keine Rolle. Das für alternativlos angesehene finanzkapitalistische System ist mit Abstand das Teuerste, das historisch bekannt ist. Selbst die in den Weltkriegen verwickelten Staaten des 20. Jahrhunderts hatten keine vergleichbare Staatsverschuldung. Längst müsste sich nicht nur eine demokratische, sondern auch eine kalkulierende Geschäftsgesellschaft fragen, ob sie die Kosten zur Stützung der Finanzwirtschaft tragen möchte. Dazu müsste sie allerdings die machtpolitische Anmaßung und den Erpressungscharakter der Maßnahmen zur Rettung der Finanzwirtschaft erkennen. Nüchtern betrachtet eröffnet allein eine Demokratisierung der Geldwirtschaft die Möglichkeit, alternative Wirtschaftsmodelle in den Institutionen der Demokratie zu erörtern.

Die schnellen Kriseninterventionen der Regierungen haben Fakten geschaffen, die oppositionelle Bürgerinterventionen und -demonstrationen schwer revidieren können. Zudem fehlen in den europäischen Kernländern systembedrohliche Proteste, die die soziale und politische Ungleichheit ins Zentrum stellen. Die bürgerlichen Gesellschaften in Nord- und Mitteleuropa bleiben bisher ein ruhiges und gelassenes Publikum, weil die Wirtschaftskrise sie nach Untergangsankündigungen noch nicht als Ganzes existenziell bedroht, und sie sich von der ständigen Cliffhanger-Performance der politischen Krisenmanager inzwischen gelangweilt zeigen. Der bedrohliche Kern der Angelegenheit ist aber genau hierin zu sehen: Dass sich die Bürger eben nicht als Gesellschaft oder Volk wahrnehmen – auch nicht als in verschiedene Gruppen zerteilte antagonistische Interessengesellschaft –, sondern als Publikum, das allenfalls ein Feedback geben kann, aber naturgemäß nicht auf der Bühne Regie führt.

Immerhin ist die Legitimation demokratischer Herrschaft wieder Thema. Die faktische Enteignung der bürgerlichen Gesellschaft durch die Regierungen und die Finanzwirtschaft, die nur durch die Ermächtigung einer wirtschaftlich-technisch argumentierenden Rettungskaste von Statuten gehen konnte, ruft doch verstärkt die Zivilgesellschaft auf den Plan. Verfassungsgerichte und die Rechtsstaaten, sofern vorhanden, befassen sich zunehmend mit der demokratischen Gretchenfrage, welche Rechte die Exekutive in den Demokratien haben, und vor allem, welche Rolle in Zukunft die nationalen Parlamente noch spielen sollen, wenn die maß-

geblichen Entscheidungen in der Europäischen Union in den europäischen Regierungsrunden, der Kommission, Lobbyistenrunden und, sofern die europäische Administration demokratisiert wird, im europäischen Parlament, getroffen werden. Die Situation erinnert in Manchem an die Probleme, die Jürgen Habermas Anfang der 1970er Jahre in ‚Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus‘ angesprochen hat, zeigt aber auch deutliche Differenzen zu den Legitimationsproblemen im von Habermas als Spätkapitalismus bezeichneten sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat. Waren es seinerzeit die staatlichen (demokratischen) Institutionen, die unzureichend für weitreichende dirigistische Maßnahmen der Regierungen legitimiert schienen, sind es heute die institutionellen Usurpationen von transnational agierenden Konzernen, politischen Pressure-Groups und Banken, sowie deren ideologischen Sprachrohren in den Medien und Denkfabriken, die nur mit satirisch anmutenden Rechtskonstruktionen in die Legalität gezwängt werden können. Die politischen Akteure und die Institutionen bewegen sich ständig um die Demarkationslinien der Verfassungen herum. Was geben die Verfassungen gerade noch her, und wo sind die Verfassungen im Interesse des bestehenden finanzwirtschaftlich dominierten politischen Systems lückenhaft, um in kleinen Gremien getroffene weitreichende Entscheidungen im Rahmen der Legalität zu halten, sind die Fragen der Krisenmanager. Ein selbstbewusstes demokratisches Gemeinwesen, das aus sich selbst heraus verfassungstreu und mit Überzeugung demokratisch handelt, ist davon das Gegenteil.

Der Publizist Dietmar Dath winkt ob solcher Verhältnisse nur ab und ruft den Regierenden ein „Legitimiert euch doch selbst!“ zu, weil diese Art von Legitimationsgeschacher jedem Gemeinwesen, das sich laut Verfassungstexten selbst legitimiert und regiert, Hohn spricht. Mit einem solchen Abwinken lässt sich Habermas spätkapitalistisches Legitimationsproblem und das darunter liegende, von Max Weber formulierte politische Grundgesetz, dass Herrschaft immer nach Legitimation strebt, als Farce beschreiben. Mag auch so gesehen Demokratie nie mehr gewesen sein als ein Konstrukt zur Legalisierung sozialer Ungleichheit, so birgt doch bei genauerem Hinsehen gerade das Legitimationsdefizit der derzeitigen Krisenregierungen einen Ansatzpunkt, gesamtgesellschaftliche Fragen und eben grundsätzliche politische Zukunftsfragen doch öffentlich zu debattieren. Wenn es nicht möglich ist, derzeit in den dafür vorgesehenen demokratischen Institutionen Zukunftsmodelle zu diskutie-

ren, weil vermeintlich das System gefährdet ist, zeigt ein Abgleich mit den Gründungsbedingungen der liberalen Demokratie, dass in der Krise neben der Zukunft auch die Vergangenheit, eben die Tradition der liberalen Demokratie, auf dem Spiel steht. Die politisch-liberale Tradition wurde schließlich auch deshalb über lange Zeiträume gewahrt, weil sich die legitimierenden Gesellschaften zumindest von Zeit zu Zeit, besonders in Krisen und nach Kriegen, so weit ermächtigen konnten, dass sie drückende oligarchische Machtsysteme beseitigen konnten. Was danach geschah, nämlich der stetige Neuaufbau neuer Staaten im Staate, steht auf einem anderen Blatt Papier.

Die Diskussion, wie weit die aktuellen Machtsysteme der liberalen Demokratie legitimierbar sind, und wie weit sie vom Ideal der Demokratie entfernt sind, eröffnet die Möglichkeit die auch für systemkritische Kreise entscheidende demokratische Frage zu beantworten, ob die aktuellen Gesellschaften dem Kapitalismus in der jetzigen Form zustimmen? Die Frage ist durchaus offen, weil zum einen das neoliberale Projekt schon ob seiner schlichten Lebensdauer die Gesellschaften nachhaltig verändert hat, und zum anderen nicht vergessen werden darf, dass die Stabilität der neoliberalen Machtsysteme auf einer Mischung aus demokratischer Zustimmung zum Konsumkapitalismus und der auch damit zusammenhängenden Marginalisierung der grundsätzlichen Opposition beruhte. Die Legitimationskrise könnte die demokratische Neuverhandlung der Systemfrage, die 2008 in großer Panik angemahnt und nirgends geführt wurde, dann doch noch durch die Hintertür bewerkstelligen.

Die machtpolitischen Usurpationen des neoliberalen Projekts diskutierten die intellektuelle sowie die sozialwissenschaftliche Gemeinde in den vergangenen Jahren im deutschen Sprachraum unter dem Begriff „Postdemokratie“. Insofern war es naheliegend, den Begründer des Begriffs, Colin Crouch, die Konferenz „Demokratie! Welche Demokratie?“ im Dezember 2011, deren Beiträge diesen Sammelband in erster Linie füllen, eröffnen zu lassen. Der Erfolg eines schlagenden Begriffs basiert auf seiner Fähigkeit, im Ungefähren auf viele zu beobachtende Sachverhalte angewandt werden zu können. Das erhöht gleichermaßen seine publizistische Schlagkraft und reduziert in manchen komplexen Zusammenhängen seine fachspezifische Aussagekraft. Allgemeine Zustimmung ruft ebenso allgemeine Kritik auf den Plan. Der Begriff gab der Konferenz als Folie einen inneren Zusammenhalt. Die Referenten, die dazu aufgefordert waren, sich möglichst grundlegend dem Demokratiethema

zu stellen, hatten einen Ausgangspunkt oder konnten sich im bewussten Kontrast zur These der Postdemokratie einen Ausgangspunkt wählen.

Postdemokratie ist ein nostalgisch klingendes Wort, das vor allem etwas bezeichnet, das verloren gegangen ist oder sein soll. Insofern ist es ein idealer Ausgangspunkt, um über Demokratie zu reden. Wenn klar ist, was verloren gegangen ist, wird vielleicht auch klarer, was eine Gesellschaft zurück und hinzu erobern muss, um die Zukunftsfrage ‚Wie zusammen leben?‘ demokratisch, offen und selbstbestimmt erörtern zu können.

## *2 Die Beiträge*

Die Autoren dieses Bandes nähern sich von ganz unterschiedlichen Seiten der Frage, in welcher Verfassung sich die aktuelle Demokratie befindet. Nach der Vorstellung der Kernpunkte seines post-demokratischen Befundes durch **Colin Crouch** selbst antworten **Anton Pelinka**, **Bob Jessop** und **Luciano Canfora** von unterschiedlichen Seiten mit grundsätzlichen Einwänden. **Ingolfur Blühdorn** verfeinert und präzisiert in gewissem Sinn die postdemokratische These und sieht in der Demokratie eine Praxis der Simulation auf dem Vormarsch. **Marie-Christine Kajewski** und **David Salomon** nähern sich dem Thema aus historischer Sicht und finden in der Analyse von politischen Typen und verschütteten politischen Leidenschaften neue kritische Anhaltspunkte. **Dirk Jörke** stellt die Frage der Repräsentation in den Mittelpunkt und diskutiert aktuelle Demokratiedebatten. **Wolfgang Plaimer** überprüft die postdemokratische These an dem konkreten Beispiel politischer Institutionen des Staates Österreich. **Dario Azzellini** stellt neue demokratische Formen in Venezuela vor. **Karin Fischer** verfolgt, wie sich Chile unter Pinochet eine neoliberale Verfassung gab, und der Demokratie schon vor ihrer erneuten Implementierung Fesseln anlegte. Das Schlussdrittel gehört zum einen den grundsätzlichen Kritiken von **Wolfram Elsner** und **Arne Heise**. Den Band beschließt **Klaus Dörre** mit der alten Gretchenfrage, wie und mit welchen Modellen Wirtschaftsdemokratie vielleicht doch möglich gemacht werden kann.